

In dieser Ausgabe:

2 Eklat in der Neuköllner BVV wegen rechtspopulistischer CDU-Anfrage.

3 Soziale Wohnungspolitik? Marlis Fuhrmann zum „Mietenbündnis“ des Senats.

5 Charité vor Streik? Bessere Arbeitsbedingungen = bessere Patientenversorgung.

6 „Vaterlandslose Gesellen“ im Kinderkrankenhaus. Besuch in Griechenland.

8 Wohnungen statt Flüchtlingscontainer in Neuölln. DIE LINKE fordert menschenwürdige Unterbringung.

Auf ein Wort:

Schulessen

Die Qualität des Schulessens war der große Aufreger kurz vor Beginn der Herbstferien. Brechdurchfall und Übelkeit als Folgen von Verunreinigungen im Schulessen. Als Quelle wurden Billigimporte von Erdbeeren auch China ausgemacht. Billig, das ist das Schlüsselwort. Teuer hingegen kommt dem Bezirk Neukölln die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Schulessen von 7 auf 19 Prozent durch den damaligen Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) zu stehen. In Neukölln waren es 2011 zusätzlich genau 179.932,81 Euro. Zur Beköstigung in Schulen hatte der Bezirk 1,5 Millionen Euro eingeplant. Jetzt müssen die knapp 180.000 Euro von Neukölln durch Mehreinnahmen bei Grundstückserlösen gegenfinanziert werden. Danke Herr Steinbrück und beste Grüße an den SPD-Kanzlerkandidaten.

KDH

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

Buschkowsky polarisiert Neukölln



Foto: KDH

Warnung vor rechtspopulistischem Zündeln am solidarischen Zusammenleben in Neukölln.

Bürgermeister Heinz Buschkowsky polarisiert mit seinem Buch „Neukölln ist überall“. Dagegen richtet sich vielfältiger Protest. Weil soziale Probleme des Bezirks von ihm nicht entsprechend ihrer Ursachen, sondern oberflächlich nach der Her-

kunft Betroffener dargestellt werden. Nicht die von seiner Partei, der SPD, betriebene Politik der Armut per Gesetz mit Hartz IV, Rentenkürzungen und Rente erst mit 67, prekärer Beschäftigung, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben

nimmt er in den Fokus, sondern er befördert leider Hetze gegen Arme und Migrant*innen. Er befriedigt dumpfe Stammtischerwartungen und zündelt an den Grundlagen für ein solidarisches Zusammenleben in Neukölln.

(Lesen Sie weiter auf Seite 7.)

Eklat in der BVV Neukölln wegen rechtspopulistischer CDU-Anfrage

Mit einer Anfrage zum vermeintlichen Sozialhilfemissbrauch durch muslimische Zweit- und Drittfrauen hat die Neuköllner CDU-Fraktion in der BVV-Sitzung am 26. September eine unsägliche Debatte gestartet.

Nach Angaben des Bezirksamts gibt es für Neukölln keinerlei gesicherte Zahlen über Polygamie. Auch bundesweit liegen keinerlei verlässliche Informationen vor.

Das ist auch kein Wunder, denn Zweit- und Drittpartner werden nirgendwo abgefragt. Aber es kann angenommen werden, dass es sich um eine sehr kleine Anzahl handelt. Sonst hätten die bürgerlichen Parteien mit Sicherheit schon viel früher öffentlichkeitswirksam auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Alles was derzeit an unglaublichen Zahlen in Zeitungen und Internet über Zweit- und Drittfrauen geschrieben steht, sind ausschließlich wilde Schätzungen und unsachliche Behauptungen. In der Sache geht es um die Frage der „Bedarfsgemeinschaften“ nach Hartz-IV.

Die Jobcenter sehen die Zweit- und Drittfrauen mit den Kindern als eigenständige „Bedarfsgemeinschaft“, und nicht als Teil der „Bedarfsgemeinschaft des Ehemanns mit seiner Erstfrau“.

Davon abgesehen, dass die Hartz-IV-Sätze grundsätzlich zu



Vignette: Franz Zauleck

niedrig sind und unbedingt für alle auf ein auskömmliches Level angehoben werden müssen, erhalten die betroffenen Zweit- und Drittfrauen durch die Anerkennung als eigenständige „Bedarfsgemeinschaft“ eine gewisse Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber ihrem Ehemann. Wenn behauptet wird, es ginge den Fragestellern um die betroffenen Frauen und Kinder, ist das besonders dreist. Die CDU Neukölln will also die Polygamie faktisch anerkennen, damit die Frauen weniger vom Jobcenter bekommen. Zusätzlich würden unter Anwendung des Vorschlages der CDU diese Frauen in eine stärkere ökonomische Abhängigkeit von ihren Ehemännern geraten.

Wenn in unserer modernen Zeit die klassische Familie nur noch eine von vielen Formen des Zusammenlebens ist und die Menschen in Berlin in den unterschiedlichsten Zu-

sammensetzungen von Patchwork-Familien leben, ist die Fokussierung auf „muslimische Mehrfrauenfamilien“ purer Populismus.

Hierbei geht es nicht um die Benennung eines wirklichen Problems, sondern ausschließlich um billige Stimmungsmache gegen Muslime. Keinerlei Plausibilität weisen die Behauptungen auf, dass 20 bis 30 Prozent („Die Welt“, 7.10.2012) der muslimischen Männer Zweit- und Drittfrauen hätten. Bei dem hohen Anteil an Muslimen in Berlin müsste demnach in Neukölln eine viel höhere Zahl von Frauen leben.

Losgetreten hatte die Debatte unter anderem die Neuköllner SPD mit der sogenannten „Grünauer Erklärung“ vom 3. September 2012. Diese musste anscheinend als politische Unterstützung für das sehr bedenkliche Buch von Heinz Buschkowsky dienen (siehe auch Bericht auf Seite 7). In der BVV hatte der Antragsteller angemerkt, es ginge ihm vor allem um Sozialhilfemissbrauch und damit die Diskussion über „Sozialmissbrauch“. Von den Piraten wurde schon massiv Kritik an der Anfrage vorgebracht, da sie sich exklusiv mit einer kleinen Gruppe beschäftigt.

Für DIE LINKE hat Thomas Licher die Anfrage der CDU angegriffen und als Gefahr für den ein solidarisches Zusammenleben in Neukölln benannt. Weiter wurde von ihm an-

gemerkt, dass mit der antimuslimischen Anfrage rechtsextreme Positionen bis in die Mitte der Gesellschaft getragen würden, und die Anfrage von „Pro Deutschland“ nicht besser gestellt werden könnte. Diese Aussagen versetzten die CDU-Fraktion in starke Aufregung. Noch während der Rede des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN wurde von der CDU eine Sitzungsunterbrechung beantragt und der Ältestenrat einberufen.

Nach dem dort keine Einigung erzielt werden konnte, weil Thomas Licher an seinen Positionen festhielt, wurde die Bezirksverordnetenversammlung kurz vor dem regulären Ende auf Antrag der CDU abgebrochen. Die SPD Fraktion hat sich in der Abstimmung zum Abbruch der Sitzung der CDU angeschlossen.

Hier versucht sich die CDU für den Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr mit rechtspopulistischen Inhalten zu positionieren und mit der Schaffung von antimuslimischen Vorurteilen auf Kosten der Migrantinnen verantwortungslos Wählerstimmen am rechten Rand zu sammeln.

DIE LINKE steht für ein friedliches Miteinander aller Neuköllnerinnen und Neuköllner und wird auch in Zukunft gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Rassismus energische vorgehen.

RO

Stadtrat „blind“? Keine Mieten-Steigerungen?

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE beriet der Integrationsausschuss der BVV-Neukölln im September über Verdrängung von Migrant/-innen aus Neukölln durch Mietsteigerungen.

Thomas Licher, LINKE-Fraktionsvorsitzender in der BVV, befragte Stadtrat Blesing (SPD), in wieweit das Bezirksamt Kenntnis davon habe, dass Migrant/-innen unfreiwillig Neukölln verlassen müssten, weil sie die Miete nicht mehr aufbringen können. Stadtrat Blesing betonte, er könne keine Steigerung der Mieten in Nord-Neukölln erkennen. Selbst ein Blick in namhafte Immobilienportale im Internet seien dafür kein Indiz, da nicht sicher sei, ob die ge-

forderte Miete tatsächlich vertraglich festgelegt werden würde.

Laut der Topos-Studie zur Sozialstrukturentwicklung in Nord-Neukölln (2011) würden vorrangig in den Reuterkiez Menschen mit einem durchschnittlichen Berliner Einkommen ziehen, was wohl noch nicht als „Gentrifizierung“ (soziale Verdrängung) zu werten sei. Auf die Frage, ob es Daten gäbe, die belegen, dass Migrant/-innen aus Neukölln aufgrund von Mietsteigerungen, zum Beispiel nach Marzahn oder ins Falkenhagener Feld (Spandau) ziehen würden, meinten Mitglieder von SPD und CDU, dass es doch schön wäre, am Stadtrand zu wohnen.

An der Sitzung nahmen auch Anwohner/-innen teil, die von Mietstei-

gerungen betroffen sind. Nicht nur sie zeigten sich schockiert über die Ignoranz, die SPD und CDU in Neukölln an den Tag legen, wenn es um soziale Fragen und Mietenpolitik geht. Die Verordneten von Grünen, Piraten und LINKEN schlossen sich der Kritik der Anwohner/-innen an. Es stellt sich die Frage, ob das Bezirksamt die soziale Verdrängung einkommensschwacher Menschen (Gentrifizierung) nicht wahrhaben will oder ob es den Prozess als positive Entwicklung und gewollte Aufwertung ihres „Problembezirks“ sieht.

Für DIE LINKE ist sicher: Wir brauchen eine politische Lösung und eine Deckelung der Mieten. Gentrifizierung ist kein natürlicher Prozess. Seit Jahren kämpft DIE LINKE auf Bezirks-

und Bundesebene für die Interessen von Mieter/-innen und fordert eine Begrenzung der Wohnkosten per Gesetz.

Eine der Ursachen der neuen Wohnungsnot in Berlin ist der erhebliche Abbau des Sozialen Wohnungsbaus. Dieser ist (nach Zahlen des BBU von 2011) in Berlin von 430.000 auf heute ca. 162.000 geschrumpft und wird um 12.500 Wohnungen jährlich weiterschrumpfen. Dagegen fordert DIE LINKE ein Programm für soziale Wohnraumförderung aufzulegen: In einem ersten Schritt sei es mit 100 Millionen jährlich auszustatten. Das gelte nicht nur für Neubauten, sondern auch für „Altbaugebiete“ im Neuköllner Norden.

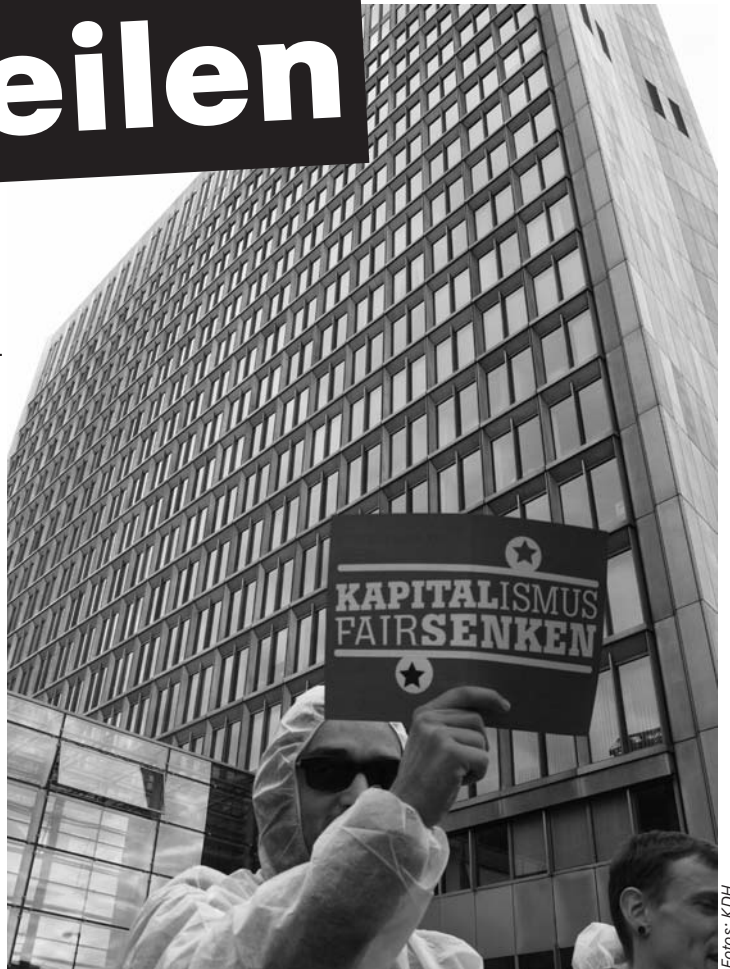
RO

Um FAIRteilen

Über 40.000 Menschen beteiligten sich am 29. September am bundesweiten Aktionstag "UmFAIRteilen - Reichtum besteuern", unter ihnen zahlreiche Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der LINKEN. Sie forderten lautstark und unübersehbar, die gigantischen privaten Vermögen, die sich in den Händen einiger weniger Superreicher befinden, durch eine Millionärsteuer und eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Wer an der Demonstration nicht teilnehmen konnte, kann sich im Internet ein Bild machen: www.dielinke.de/dielinke/mediathek/bilder/2012/umfairteilen-reichtumbesteuern.



Zum „UmFAIRteilen“ gehört Mindestlohn statt Lohndumping.



Fotos: KDH

„Kapitalismus FAIRsenken“ vor dem Hochhaus des Springer-Konzerns.

Soziale Wohnungspolitik?

Zum „Mietenbündnis“ des Senats

Ein Jahr lang hat der Senat mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften über bezahlbare Mieten verhandelt. Die Erwartungen waren hoch – das Ergebnis ist völlig unzureichend.

Bestenfalls hat sich durch den von der PDS seinerzeit mitgetragenen Verkauf der GSW der landeseigene Wohnungsbestand nahezu halbiert. Berlin besitzt mit 280.000 Wohnungen nur noch 15 Prozent der Berliner Bestandes. Die geringe Zahl kann weder den Bedarf decken noch dauerhaft mietendämpfend wirken.

Um den Fehler zu korrigieren sollen die Gesellschaften Wohnungen neu bauen, zukaufen oder anmieten. Dafür fordern sie finanzielle Unterstützung von der öffentlichen Hand.

In den Zeiten des Wohnungsmanagements ließ der Senat den alten Wohnberechtigungsschein aufleben. Doch die personell und in ihren Aufgaben reduzierten bezirklichen

Wohnungsämter schaffen kaum die Ausstellung. Dass zwei Drittel aller Berliner WBS-berechtigt wären, zeigt die mißliche wirtschaftliche Lage Berlins.

Damit die Sozialwohnungen denen zugute kommen, für die sie gebaut wurden, müßte die sogenannte „Belegungsbindung“ auch politisch durchgesetzt werden. Allerdings unterliegt ihr laut Bündnisvertrag nur jede zweite Sozialwohnung innerhalb des S-Bahn-Ringes und jede dritte außerhalb. Für den, der dringend eine Wohnung braucht, wird kein Notfallkontingent mehr vorgehalten, selbst der WBS mit Dringlichkeit wurde abgeschafft.

Als neue Orientierungsgröße hat der Senat die Deckelung der Nettokaltmiete eingeführt. Sie soll 30 Prozent des Einkommens nicht überschreiten, ist aber trotzdem zu hoch angesetzt. Denn zu den Kosten fürs Wohnen gehören auch die Neben- und die Heizkosten. Und dann ist man schnell bei 40 Prozent und mehr.

Wer sich auf diese Sozialregelung berufen will, muß seine Einkommens- und Familienverhältnisse der Wohnungsbaugesellschaft offenbaren. Der WBS allein wird nicht akzeptiert, sondern der Anspruch vom Unternehmen überprüft. Dies gilt besonders für die „angemessene Wohnungsgröße“. Durch die Hintertür erscheint zugleich die in Berlin flexibler gehandhabte Regelung (45 qm für eine Person, 60 qm für zwei Leute...) festgeschrieben. So wird nicht nur die Zahl der Berechtigten reduziert, sondern eine Umzugs-welle in Gang gesetzt.

Mit Inkrafttreten des Mietenbündnisses haben die kommunalen Wohnungsgesellschaften den Mietestopp beendet. Sie verstehen sich als Wirtschaftsunternehmen für die jede einzelne Anerkennung eines Anspruches einen Einnahmeverlust bedeutet. Zwar werden für Sozialwohnungen bereits etwa 5,20 Euro/qm verlangt. Trotzdem wird für jede fünfte Wohnung eine Mieterhöhung zwischen 15 und 25 Euro verschickt.

Der Berliner Mieterverein ruft deshalb zum Vergleich mit der ortsüblichen Miete auf. Und er fordert für finanziell überlastete Mieter von den Gesellschaften einen Mietverzicht auch außerhalb der Bündnisregelung (siehe: Berliner Zeitung 28.9.2012).

Bezirkliche Mietenbündnisse können erfolgreicher sein. Voraussetzung ist die gemeinsame Aufforderung an den Senat einen „angespannten Wohnungsmarkt“ für ganz Berlin festzustellen. Dann könnte auch der „Milieuschutz“ vor Verdrängung greifen. Dafür sind die Bezirke zuständig. Sie könnten teure Modernisierungen nicht genehmigen und Sozialpläne für betroffene Mieter anordnen.

In den Ostbezirken läuft bereits die Diskussion um das beste soziale Mietenmodell nach Hamburger, Münchner oder Lichtenberger Vorbild. Nun sind wir gefordert dieser Debatte in Neukölln ein Forum zu bieten.

Marlis Fuhrmann



Wenige Tage vor dem Aktionstag: „UmFAIRteilen“-Aktion in Neukölln.



Beim Informationsstand der Neuköllner LINKEN vor dem Rathaus wurde ein Transparent für die Demonstration am 29. September gestaltet.



„Reichtum teilen!“ Passanten nahmen sich Zeit für Diskussionen.

Fotos: KDH

Zustimmung zur Forderung „UmFAIRteilen“

Der Aktionstag „UmFAIRteilen - Reichtum besteuern“ am 29. September war ein Auftakt, denn der Kampf für die Millionärsteuer und eine Vermögensabgabe geht für DIE LINKE und das Bündnis „UmFAIRteilen - Reichtum besteuern“ weiter.

Die Neuköllner LINKE hat in Vorbereitung des bundesweiten Aktionstages auf Straßen und Plätzen für die Teilnahme geworben

und fand Zustimmung. Reichtum ist teilbar, sagt DIE LINKE, und er muss geteilt werden. Denn, wie der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ausweist, verfügen zehn Prozent der Deutschen über 53 Prozent des Gesamtvermögens, dagegen kommen die „unteren“ 50 Prozent der Haushalte auf einen Anteil von gerade einmal einem Prozent am Nettovermögen.

DIE LINKE Neukölln demnächst in neuen Räumen

Noch in diesem Jahr bezieht DIE LINKE. Neukölln wenige Straßenblocks entfernt vom Richardplatz neue Räumlichkeiten, nämlich in der Wipperstraße 6 in 12055 Berlin.

Dieses Ladenlokal liegt noch näher an der S- und U-Bahnhaltestelle Neukölln, ist deutlich größer und wesentlich preiswerter als die bisherigen Räume. Im November wird begonnen, den neuen Laden

herzurichten. Der Umzug erfolgt dann im Dezember, so dass zu Beginn des Wahlkampfjahrs 2013 in neuer Umgebung durchgestartet werden kann. Bei den Vorbereitungen und beim Umzug wird Hilfe benötigt: beim Malern, Kistenpacken und Einrichten.

Wer dabei mithelfen möchte, kann sich bei Werner Halbauer melden: (whalbauer@web.de; 0163 6160189).

Termine: DIE LINKE. Neukölln

Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln
Montag, 29.10., 18.30 bis 21.30 Uhr.
Ort: Richard-Schule am Richardplatz 14 in 12055 Berlin-Neukölln

Gemeinsam wollen wir über aktuelle politische Themen sprechen, den Landesparteitag auswerten und den Umzug der Geschäftsstelle vorbereiten.

Der Bezirksvorstand schlägt deshalb folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung,
2. Aktuelle Politik,
3. Auswertung des Landesparteitags,
4. Umzug der Geschäftsstelle,
5. Sonstiges.

Alle Mitglieder des Neuköllner Bezirksverbands sind antrags-, rede- und stimmberechtigt. Bitte sende dem Bezirksvorstand etwaige Anträge an die Mitgliederversammlung vorab zu, damit sie parteiintern bekannt gemacht werden können. Bei Bedarf wird für den Zeitraum der Versammlung eine Kinderbetreuung organisiert. Bitte melde diesen Bedarf rechtzeitig an.

Bezirksvorstand
Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
Donnerstag, 11.10., 19 Uhr
Donnerstag, 25.10., 19 Uhr
Donnerstag, 8.11., 19 Uhr
Donnerstag, 22.11., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße/BO Süd
Mittwoch, 17.10., 19 Uhr
gemeinsame Versammlung der Basisorganisationen,
Thema: Zu Buschkowskys Buch DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Rixdorf/BO Reuterkiez
Donnerstag, 18.10., 19 Uhr
Thema: Diskussion über die Politik der Piraten
Donnerstag, 1.11., 19 Uhr
Thema: Zur Lage in Griechenland.
Donnerstag, 15.11., 19 Uhr
Thema: Novemberrevolution 1918 in Deutschland.
Donnerstag, 29.11., 19 Uhr
gemeinsame Versammlungen der Basisorganisation
DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Hartz IV
Mittwoch, 14.11., 17.30 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung
Mittwoch, 24.10., 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 14.11., 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 28.11., 14 bis 16 Uhr
(siehe auch Information auf Seite 8)
DIE LINKE, Richardplatz 16

PG Mieten
Dienstag, 6.11., 19 Uhr
Dienstag, 4.12., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

AK Erwin
Erwerbslosenfrühstück
Dienstag, 16.10., 11 Uhr
Dienstag, 6.11., 11 Uhr
Dienstag, 20.11., 11 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BVV-Fraktion DIE LINKE
Fraktionssitzungen (öffentlich)
Montag, 22.10., 18 Uhr,
Montag, 29.10., 18 Uhr,
Oktober-Sitzung der BVV
Mittwoch, 31.10., 17 Uhr,
Sitzungssaal des Rathauses.

Die nächste Wahlmitgliederversammlung des Bezirksverbandes DIE LINKE Neukölln findet statt am **Sonntag, 24. November 2012**, von 11 bis 18 Uhr im Vereinsheim von Allmende e. V., Kottbusser Damm 25-26, 10969 Berlin (U-Hermannplatz).

Zusammen wollen wir die politische Arbeit der vergangenen zwei Jahre bilanzieren, neue Aufgaben definieren und einen Bezirksvorstand wählen.

Der Bezirksvorstand schlägt deshalb folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung,
2. Politische Aussprache,
3. Entlastung des Bezirksvorstands,
4. Wahl eines neuen Bezirksvorstands,
5. Sonstiges.

Alle Mitglieder des Neuköllner Bezirksverbands können für den Bezirksvorstand kandidieren. Der Bezirksvorstand ruft auf und ermutigt zu Kandidaturen.

Weitere Termine im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de

Charité vor Streik?

Bessere Arbeitsbedingungen = bessere Patientenversorgung

Über 50.000 Arbeitsplätze wurden in den letzten zehn Jahren in Deutschlands Krankenhäusern abgebaut. Das ist Folge der Renditelogik im Gesundheitswesen. Weniger Personal soll mehr arbeiten für möglichst wenig Geld! Das geht auf Kosten der Gesundheit – von Beschäftigten und PatientInnen!

An der Berliner Charité wehren sich die in der Gewerkschaft ver.di organisierten Beschäftigten gegen diese skandalösen Zustände. Schon im letzten Jahr konnten sie mit einem massiven Streik deutliche Gehaltsverbesserungen erkämpfen. Aber die Arbeitsbelastung ist weiter enorm. Laut ver.di haben die etwa 4.000 Pflegekräfte an der Charité über 120.000 Überstunden angesammelt. Obwohl die Charité ein Jahresplus von acht Millionen Euro erzielt hatte, sollte in diesem Jahr noch mehr aus den Beschäftigten raus gequetscht werden. Am 1. Juni wurde de facto ein Einstellungsstopp bei den Stammkräften verhängt und gleichzeitig der Einsatz externer Leiharbeitskräfte verringert. Die daraus folgende Unterbesetzung auf den Stationen sollte durch Schieben von Überstunden und durch rechtswidrigen Einsatz von Auszubildenden aufgefangen werden. Alles auf Kosten der PflegerInnen und PatientInnen! Die KollegInnen ließen sich das aber nicht gefallen und gingen an allen drei Standorten auf die

Straße. Der Charité-Vorstand wurde von ver.di zu Tarifverhandlungen über Mindestbesetzung, Gesundheitsschutz und Ausbildungsqualität aufgefordert.

Neuland: Verbindliche Mindestbesetzung

Erstmals in der Tarifgeschichte des deutschen Gesundheitswesens sollen Verhandlungen über eine Personalbemessung geführt werden, die eine verbindliche Mindestbesetzung auf Intensiv- und Normalpflegestationen und in Funktionsbereichen festschreiben soll. Konkret heißt das: Keine PflegerInnen soll nachts mehr als 15 PatientInnen betreuen, tagsüber sollen es nicht mehr als fünf sein.

Bessere Versorgung der Patienten

Wenn die Beschäftigten der Charité diese Forderungen durchsetzen, verbessern sich damit nicht nur ihre Arbeitsbedingungen, sondern auch die Versorgung der PatientInnen. Deshalb werden sie von der LINKEN Neukölln und der Linksfraktion im Bundestag unterstützt. In einer Solidaritätserklärung schreibt die Bundestagsfraktion der LINKEN: „Euer Kampf ist also auch der gegen die neoliberale Gesundheitspolitik der letzten Jahre. Wir unterstützen Euch, wo und wie wir können.“ DIE LINKE Neukölln spricht sich außerdem dafür aus, dass es zu einer gesetzlichen Mindestbesetzung des Kran-



Fotos: KDH

„Tarifvertrag jetzt!“ Das forderten am 1. Mai dieses Jahres die Beschäftigten des ausgelagerten Service-Betriebes der Charité. Nun fordern die Charité-Beschäftigten die Absicherung von Mindeststandards auf Intensiv- und Normalpflegestationen im Tarifvertrag.

kenhauspersonals kommen soll und setzt sich im LINKE-Landesverband Berlin dafür ein, dass DIE LINKE eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg bringt.

DIE LINKE Neukölln fordert, „dass sich die Haushaltspolitik des Landes Berlin an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Wenn für die Finanzierung der Pleite des Berliner Flughafens einmal eben 400 Millionen aus dem Landshaushalt gezaubert werden können, muss auch Geld da sein, die finanzielle Ausstattung der Charité so zu verbessern, um eine angemessene Gesundheitsversorgung der Berliner Bevölkerung zu ermöglichen.“

Widerstand gegen Profitlogik ist möglich

Die Charité-Beschäftigten zeigen: Widerstand gegen die Profitlogik im Kapitalismus ist möglich. Wenn dieser Widerstand erfolgreich ist, wird das auch andere Belegschaften motivieren, ebenfalls für die eigenen Rechte einzutreten. Deshalb rufen wir alle Neuköllnerinnen und Neuköllner auf, im Falle eines Streiks an Solidaritätsaktionen teilzunehmen.

Stephan Gummert,
Krankenpfleger und ver.di-Aktiver
an der Charité und
Sascha Stanicic,
DIE LINKE Neukölln

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:



Fotos: KDH

Der Protestdemonstration gegen die Asylpolitik Deutschlands und der EU schlossen sich am 13. Oktober weitaus mehr Menschen an, als von den Organisatoren erwartet wurden. Zustimmung gab es von Anwohnern und Passanten. Eine rassistische „Gegenkundgebung“ scheiterte kläglich.

„Kein Mensch ist illegal“

Anfang September hat sich eine Gruppe geflüchteter Menschen zu Fuß auf dem Weg von Würzburg nach Berlin gemacht, um ihre Menschenrechte einzufordern.

Nach dem 600 km langen Marsch quer durch Deutschland haben die Flüchtlinge ihre Zelte auf dem Oranienplatz in

Kreuzberg aufgeschlagen. Auslöser für den Protestmarsch war der Selbstmord des Iraners Mohammad Rahsepar, der unter anderem durch die katastrophalen Zustände in deutschen Flüchtlingsunterkünften begründet wird. Sie haben sich dazu entschlossen gemeinsam gegen diese Zustände und Gesetze zu protestieren. Dabei verstoßen sie ganz

bewusst gegen die Residenzpflicht, die sie zum ständigen Aufenthalt in dem Landkreis, in welchem sie leben, zwingt. Die Flüchtlinge fordern unter anderem die Abschaffung der Residenzpflicht, der Sammelunterbringungen und des Arbeitsverbots, freie Essenswahl und eine schnelle Bearbeitung der Asylanträge.

Jetzt benötigen die Flüchtlinge

dringend Hilfe, am besten durch eine Spende. Diese kann man direkt zum Oranienplatz bringen oder überweisen:

Förderverein Karawane e.V.,
Kontonummer: 40 30 780 800,
GLS Gemeinschaftsbank eG,
BLZ: 430 609 67. Bitte geben Sie als Verwendungszweck „Protestmarsch Berlin“ an.

„Vaterlandslose Gesellen“ im Kinderkrankenhaus

Michael Schlecht berichtet über seinen Besuch in Griechenland

„Es gibt immer mehr Depressionen und auch vermehrt Suizide, gerade auch bei Kindern“, so Professor Stelios aus der psychiatrischen Abteilung des Kinderkrankenhauses Agia Sofia in Athen. Auch die Misshandlungen von Kindern nehmen deutlich zu.

Dies sind Berichte, die Bernd Riexinger, den Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und mich bei unserem Besuch am besten machten.

„Die Pflege der Kinder, die ja viel mehr Zuwendung erfordert als bei erwachsenen Patienten, wird für uns immer schwerer“, so die Pflegerin Dorou Renatiz. „Von 2.500 Beschäftigten sind jetzt noch 1.900 übrig, bei 700 Betten. Und da wir ein öffentliches Krankenhaus sind, kommen 70 Prozent mehr Patienten zu uns als früher, weil sie sich nicht mehr die Behandlung bei nie-

dergelassen Ärzten oder in Privatkliniken leisten können.

Die Bezahlung wird immer mehr gesenkt. Um rund 40 Prozent haben die Kolleginnen und Kollegen verloren. „Pflegekräfte bekommen als Berufsanfänger 750 Euro im Monat, nach 20 Jahren liegen sie dann bei 1.300 Euro, da sind dann schon alle Schichtzuschläge mit drin“, so die Personalleiterin Christodoulou Mazia des Krankenhauses. „Ich selbst bekomme nach 34 Jahren 1.400 Euro.“ Ärzte liegen nach den Gehaltskürzungen bei rund 1.800 Euro. Und man muss wissen: Die Lebenshaltungskosten in Athen sind ähnlich wie in Deutschland.

Im Kinderkrankenhaus Agia Sofia zeigt sich wie im Brennglas, was die vor vollem von der deutschen Regierung aufgezwungene rücksichtslose Kürzungspolitik in Griechenland anrichtet. Kanzlerin Merkel sieht sich die Folgen ihrer Politik nicht an. Zur

gleichen Zeit unseres Krankenhausbesuches sitzt sie bei Präsident Samaras. Danach im Luxushotel mit Unternehmern. Von 7.000 Polizisten kilometerweit abgeschirmt vom wirklichen Leben in Athen.

Von Verantwortungsgefühl für den Niedergang Griechenlands ist bei Merkel nichts zu erkennen. Dabei setzte der freie Fall des Landes erst ein, nachdem Merkel nach sechsmonatiger Blockade im Mai 2010 grünes Licht für EU-Hilfen gab. Jedoch nur unter brutalen Kürzungsaufgaben, die die Wirtschaft seitdem um nahezu 20 Prozent abstürzen ließen. Für 2013 wird ein weiteres Wegrutschen um vier Prozent erwartet.

Es gibt vieles in Griechenland zu reformieren, das wissen die Bürgerinnen und Bürger am allerbesten. Aber in den Abgrund ist das griechische Volk erst von Merkel gestürzt worden. Sie versucht, die deutsche Agenda 2010 in verschärfter Form al-

len anderen Ländern Europas überzustülpen. Deshalb wehren sich die Menschen. In Frankreich, in Portugal, Spanien und Italien. Und am 9. Oktober wiederum mit Demonstrationen, auch in Athen.

Für Linke ist es selbstverständlich, uns an derartigen Protesten zu beteiligen. Die Grenzziehung verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen denen da oben und der Mehrheit der Völker.

Umso abstruser ist es, dass wir von den „Stuttgarter Nachrichten“ als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft werden. Diese Kampfformel wurde 1914 gegen Karl Liebknecht verwandt, als er die Kriegskredite für den Ersten Weltkrieg nicht unterstützte. Es muss uns mit Sorge erfüllen, wenn derartige Beschimpfungen nicht von Rechtsradikalen, sondern von Journalisten gut-bürgerlicher Zeitungen in die Welt gesetzt werden.



Foto: KDH

Am Tag der Auslieferung Buschkowskys Buchs „Neukölln ist überall“ fand vor dem Rathaus Neukölln eine Protestkundgebung statt

Buschkowsky! Ein Bürgermeister polarisiert in seinem Bezirk

In der „Spiegel-Bestsellerliste steht es auf Platz 1: Doch Bürgermeister Heinz Buschkowsky zeichnet in seinem Buch „Neukölln ist überall“ ein Zerrbild des Bezirks, „geadelt“ durch eine gemeinsame Präsentation mit dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel im SPD-Hauptquartier.

Buschkowsky polarisiert Neukölln. Dagegen richtet sich vielfältiger Protest. Weil soziale Probleme des Bezirks von ihm nicht entsprechend ihrer Ursachen, sondern oberflächlich nach der Herkunft Betroffener dargestellt werden. Nicht die von seiner Partei, der SPD, betriebene Politik der Armut per Gesetz mit Hartz IV, Rentenkürzungen und Rente erst mit 67, prekärer Beschäftigung, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben nimmt er in den Fokus, sondern er befördert lei-

der Hetze gegen Arme und Migranten. Er befriedigt dumpfe Stammteserwartungen und zündelt an den Grundlagen für ein solidarisches Zusammenleben in Neukölln. Selbst auf pauschale Schelte von Richtern, die angeblich vor Straftätern mit Migrationshintergrund „einknicken“ und bestehende Gesetze nicht anwenden, verzichtet er nicht.

Es ist eine leere Schutzbehauptung, wenn Buschkowsky erklärt, er meine „niemals alle Einwanderer, alle Muslime, alle Hartz-IV-Empfänger und alle Jugendliche.“ Er beleidigt Migrantinnen und Migranten, wenn er ihnen unterstellt, dass für sie die Ankunft und das Leben in Deutschland selbst im Sozialsystem bereits aus Aufstieg und Erreichen des erträumten Wohlstands empfunden werde. Sie beteten dann: „Gott oder Allah, gib, dass sich nichts ändert.“ Er schürt Neidgefühle, wenn er zugleich die Karikatur

von Migranten ausmalt, die „Geld vom Amt“ beziehen und zugleich „Geschäfte betreiben“ und „Mercedes fahren“.

Er unterstellt Migrantinnen und Migranten, besonders Jugendlichen, ihr Feindbild seien „die verhassten Deutschen“, sie seien Ziel ihrer Aggressionen und „gelten als leichte Opfer“. Er schürt durch seine Behauptungen Ängste, als Nichtmigrant abends nach 21 Uhr noch auf die Straße gehen zu können.

Buschkowsky befeuert von Rechtspopulisten und Neonazis geschürten antimuslimischen Rassismus, wenn er pauschal Muslimen unterstellt, in archaischen und tradierten Strukturen zu leben. Und er setzt in einem „Zeit“-Interview noch eins drauf: „Wer darauf besteht, dass seine Frau in der Burka herumläuft, der kann das gerne tun. Zum Beispiel in Afghanistan oder Pakistan.“ Buschkowskys „klare Linie“:

„Familien, die Jahrzehnte hier leben und ihren Kindern den Weg in unsere Gesellschaft versperren, würde ich gern beim Kofferpacken helfen, ehrlich, weil so wird das nichts.“ Die NPD sieht hier ihre Forderung „Rückkehrpflicht statt Bleiberecht“ aktuell von einem SPD-Mitglied bestätigt. Das ist für Demokraten beschämend.

Buschkowskys Buch ist keine „schonungslose Bestandsaufnahme“ (BILD), sondern brisante Zusammengestopfeltes. Die Funktion des 400-Seiten-Buches ist es, Sündenböcke zu ernennen, um sie dann für reale Probleme verantwortlich zu machen. Und das ist gefährlich für das solidarische Zusammenleben in Neukölln. Dabei verdrängt er: Wenn er polarisierend mit dem Finger auf Arme und Migranten zeigt, dann zeigen vier Finger seiner Hand auf ihn selbst.

Klaus-Dieter Heiser

Neu-Köllnisch

Oktober/November 2012

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 2.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:

DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 17.10.2012

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 25.11.2012

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.



Wer hat die Gropiusstadt gebaut?

Beim Straßenfest zum 50. Jubiläum der Gropiusstadt fand die kleine Ausstellung der IG BAU großes Interesse.

Jetzt ist sie bis Anfang Dezember in den Räumen der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16 während der Öffnungszeiten zu sehen. Gezeigt werden Bilder, auf denen die Entwicklung dieses Stadtteils von Neukölln nachzuvollziehen ist.

Wohnungen statt Flüchtlingscontainer in Neukölln

Das Bezirksamt Neukölln plant, für Flüchtlinge künftig ein Containerdorf auf dem Gelände des Erweiterungsbaus der Clay-Oberschule an der Kanalstraße in Rudow einzurichten.

Das wurde in der BVV-Sitzung am 26. September bekannt. Vorgesehen ist die Unterbringung der Asylsuchenden für zwei Jahre. Von den 4.000 Asylbewerbern in Berlin sind derzeit nur 49 in Neukölln untergebracht.

Unter anderem wegen des Konflikts in Syrien steigen seit Juni 2012 die Flüchtlingszahlen bundesweit wieder an. Die Kapazitäten zur Unterbringung in Berlin sind vollständig ausgeschöpft. In der Unterkunft in der Motardstraße (Spandau) sind schon jetzt unbeschreibliche Zustände mit einer Belegung von über 140 Prozent. „Es droht akut Obdachlosigkeit im Flüchtlingssektor“, erklärte Sozialstadtrat Bernd Szczepanski (Bündnis 90/Die Grünen).

Thomas Licher (DIE LINKE) trat in der Debatte für Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen und für eine dezentrale Verteilung ein. Eine Sammelunterkunft schaffe nur große Probleme und erschwere Asylbewerbern die Integration in Neukölln. Weiter sei die Sammelunterbringung von traumatisierten Kriegsflüchtlings in der Kanalstraße mehr als fraglich, wo seit längerem Neonazis an der Rudower Spinne ihr Unwesen treiben.

Gegen ein Flüchtlingslager an der Kanalstraße sprachen sich auch Ru-



Fotos: KDH

Ein menschenwürdiges Leben und gleiches Recht für alle forderten Flüchtlinge auf der Demonstration zum Bundestag am 13. Oktober.

dower Bezirksverordnete aus, die der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU angehören, wenn auch aus völlig anderen Motiven. Sie wollen „eine Lösung“ in Nord-Neukölln; Fremde unerwünscht. Inzwischen fand eine von der CDU initiierte „Bürgerversammlung“ in Rudow statt, auf der auch bekannte Neonazis zu Wort kamen und nicht rausgeschmissen wurden.

Hinter der aktuellen Auseinandersetzung wird ein größeres Problem sichtbar. Von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden bisher nur 11 Wohnungen in Neukölln für Flüchtlinge bereitgestellt. Das ist viel zu wenig. Hier sind die städtischen Wohnungsbau-

gesellschaften gefordert, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Die Aufgabe der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften soll nicht sein, in Konkurrenz mit den privaten Vermietern den höchstmöglichen Profit zu erwirtschaften. Besonders die Menschen, die auf den privaten Wohnungsmarkt größte Schwierigkeiten haben, sollten durch die landeseigenen Gesellschaften vor Obdachlosigkeit bewahrt werden. Im unteren Preissegment gibt es nicht genügend freien Wohnraum. Am Beispiel der Flüchtlinge zeigt sich erneut, dass Wohnungsnot die Ärmsten immer als erstes und am härtesten trifft.

RO

Schleichende Entwertung der Renten stoppen

Die Renten in Deutschland haben seit 2000 um rund 20 Prozent an Wert verloren.

Dies belegt eine aktuelle Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN im Bundestag. Die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner sank im Osten um rund 22 Prozent, im Westen um rund 17 Prozent. Der Grund: Während sich die absolute Rentenhöhe in Ost wie West nur gering veränderte, stieg im gleichen Zeitraum der Verbrau-

cherpreisindex um etwa 20 Prozent an. Der Vorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger bezeichnete diese Entwicklung als „stille soziale Katastrophe“ und forderte eine „große Rentenreform“ mit drei Kernpunkten: eine neue Rentenformel, damit die Rente wieder mit den Löhnen steigt, eine gesetzliche Mindestrente von zunächst 950 Euro gegen Altersarmut und eine schrittweise Angleichung der Ostrenten an das Westniveau bis zum Jahr 2017.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE, Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Die aktuellen Beratungstermine finden Sie auf der Seite 4 dieser Zeitung

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.